

### **Nr. 19/445**

#### **Folgender Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt:**

Zustand und Entwicklung der Polizeibehörden im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU

vom 15. Juni 2016

(Drucksache [19/650](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 9. August 2016

(Drucksache [19/680](#))

### **Nr. 19/446**

#### **Willkommenskultur und Toleranz statt Fremdenhass und Brandanschläge**

Antrag (Entschließung) der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD, der CDU, DIE LINKE und der FDP

vom 21. September 2016

(Drucksache [19/751](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) verurteilt den Brandanschlag auf die Flüchtlingsunterkunft im Bremer Stadtteil Huchting aufs Schärfste.

Die Bürgerschaft (Landtag) erklärt Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte und deren Bewohnerinnen und Bewohner als Angriffe gegen die Menschlichkeit und unsere Gesellschaft.

Die Bürgerschaft (Landtag) bekennt sich uneingeschränkt zum Schutz von Menschen vor Flucht und Verfolgung durch das Grundgesetz und die Genfer Flüchtlingskonvention und ihrer humanitären Verantwortung für diese Menschen in Bremen und Bremerhaven. Sie wird dieses Grund- und Menschenrecht gegen jeden Angriff entschieden verteidigen.

Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt das entschlossene Vorgehen der Polizeibehörden, um die Täter oder die Täterinnen zu fassen.

### **Nr. 19/447**

#### **Fragestunde**

1. Einführung von schadstoffabhängigen Flughafengebühren  
Anfrage der Abgeordneten Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19. August 2016
2. Erreichbarkeit im Katastrophenfall im Land Bremen  
Anfrage der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 23. August 2016

3. Seelsorge für Inhaftierte muslimischen Glaubens in der Justizvollzugsanstalt Bremen  
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Peter Zenner, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 23. August 2016
  4. Anerkennung von Assistenzhunden  
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Rainer Bensch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 24. August 2016
  5. Potenziale der U Bremen Research Alliance  
Anfrage der Abgeordneten Susanne Grobien, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 25. August 2016
  6. Wie geht es weiter mit dem Krebsregister?  
Anfrage der Abgeordneten Rainer Bensch, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 26. August 2016
  7. Software-Probleme bei den Ämtern für Ausbildungsförderung  
Anfrage der Abgeordneten Miriam Strunge, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 29. August 2016
  8. Werden anerkannte Flüchtlinge nach Bremen gelockt?  
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Dr. Thomas vom Bruch, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 30. August 2016
  9. „Raser“ im Land Bremen  
Anfrage der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 7. September 2016
  10. Koranverteilung durch Salafisten  
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 13. September 2016
  11. Analphabeten im Land Bremen  
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 13. September 2016
  12. Arbeit der Patientenfürsprecherinnen und -sprecher in Bremer Krankenhäuser  
Anfrage der Abgeordneten Mehmet Ali Seyrek, Stephanie Dehne, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 13. September 2016
- Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

### **Nr. 19/448**

#### **Für eine neue Gründerkultur in Bremen und Deutschland!**

Antrag der Fraktion der FDP  
vom 29. Juli 2016  
(Drucksache [19/668](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

### **Nr. 19/449**

#### **Gründer verstehen, Gründer unterstützen, falsche Signale vermeiden – Bremen braucht eine neue, positive Gründerkultur und passgenaue Instrumente**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 21. September 2016  
(Drucksache [19/748](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

## Nr. 19/450

### Umsetzung des Präventionsgesetzes in Bremen – Gesundheit in Quartieren stärken, Akteure vor Ort mit einbeziehen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 2. Juni 2016  
(Drucksache [19/630](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. auf Basis der aktuellen Fassung der Bundesrahmenempfehlungen zum Präventionsgesetz bei den Verbänden der Krankenkassen darauf hinzuwirken, dass bis zum 31. Dezember 2016 eine Landesrahmenvereinbarung erarbeitet und in Kraft gesetzt wird.
2. darauf hinzuwirken, dass mit den zusätzlichen Mitteln für die Prävention zusammen mit den vorhandenen Akteuren und unter Einbeziehung bestehender Strukturen des Landes in den Quartieren ein zielgerichtetes Angebot für Prävention und Gesundheitsförderung entwickelt wird.

Dabei soll insbesondere darauf hingewirkt werden, dass folgende Akteure bei der Umsetzung einbezogen werden, die Zusammenarbeit gefördert und folgende Ziele berücksichtigt werden:

- Die Landesvereinigung für Gesundheit Bremen e. V. sollte in Absprache mit den Sozialversicherungsträgern damit beauftragt werden, Stadtteile dabei zu unterstützen, Bedarfe zu konkretisieren, Gesundheitskonferenzen durchzuführen und integrierte Handlungskonzepte zu erarbeiten. Die Sozialversicherungsträger sollen dabei unterstützt werden, das Präventionsgesetz umzusetzen und alle relevanten Akteure auf Bundeslandebene und Quartiersebene einzubeziehen, auch die Beiräte in Bremen und in Bremerhaven die Stadtverordnetenversammlung.
- Bei der Umsetzung des Präventionsgesetzes sind bestehende Angebote und Initiativen in den Stadtteilen, wie der Gesundheitstreffpunkt West oder Frauengesundheit in Tenever, weiter zu stärken. Der gute Zugang zu den vom Gesetz fokussierten Zielgruppen soll hierbei genutzt und ausgebaut werden.
- Es sollen kassenartenübergreifende Modellprojekte für Zielgruppen entwickelt werden, die bislang kaum erreicht werden (insbesondere Langzeitarbeitslose, Behinderte, Menschen mit Migrationshintergrund, Alleinerziehende und Alte).
- Konkurrierende Kassenaktivitäten in den Bildungssettings (Kita, Schule, Hochschule) sollen weitgehend vermieden und kassenartenübergreifende Aktivitäten vorangetrieben werden. Ziel muss der Aufbau integrierter kommunaler Handlungsstrategien/Präventionsketten zur träger- und ressortübergreifenden, an den Lebensphasen orientierten Zusammenarbeit sein. Die Übergänge für Kinder und Familien zwischen Angeboten, Institutionen und Settings müssen erleichtert und gesichert werden.
- Bei der Umsetzung des Präventionsgesetzes sind der Landessportbund Bremen und die Sportvereine mit einzubeziehen. Bereits bestehende Angebote und vorhandene Qualifikationen und Zertifizierungen sollen Berücksichtigung finden. Es sind darüber hinaus Möglichkeiten in den Sportvereinen vor Ort im Rahmen des Gesamtkonzepts zu entwickeln.
- Die Kassen sollen darin unterstützt werden, mit Hilfe der relevanten Akteure im Rahmen der Umsetzung des Präventionsgesetzes auch in der Lebenswelt „Betrieb“ geeignete Maßnahmen zur Minderung psychischer Belastungen und der Gesundheitsförderung herbeizuführen.
- Bei den neu entstehenden Präventionsangeboten ist darauf zu achten, dass sie vor allem für sozial benachteiligte und bildungsferne Menschen konzipiert werden und für Menschen, die bislang kaum solche Angebote wahrnehmen, wie zum Beispiel Männer mit Migrationshintergrund.
- Zur Herstellung von Transparenz und Förderung des Austauschs der Akteure sollen regelmäßig eine Landesgesundheitskonferenz oder Gesundheitskonferenzen in den Stadtteilen durchgeführt werden. Dabei sind entsprechende Planungen der Kassen ausdrücklich zu begrüßen und einzubeziehen.

3. der Bürgerschaft (Landtag) über seine Maßnahmen und die aus dem Abstimmungsprozess der Krankenkassen und weiterer Akteure resultierenden Präventionsangebote ein Jahr nach Beschlussfassung zu berichten.

### **Nr. 19/451**

#### **Umsetzung des Präventionsgesetzes in Bremen: Initiativen in den Quartieren stärken und ausbauen**

Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 19. September 2016  
(Drucksache [19/744](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

### **Nr. 19/452**

#### **Gesetz zur Änderung des Bremischen Lehrerausbildungsgesetzes**

Mitteilung des Senats vom 13. September 2016  
(Drucksache [19/731](#))

1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

### **Nr. 19/453**

#### **Ausbildung für das Lehramt nach KMK-Typ 3 in Bremen erhalten**

Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 19. September 2016  
(Drucksache [19/745](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

### **Nr. 19/454**

#### **Tariftreue bei eigenwirtschaftlichen Verkehren – Gesetz zur Änderung des Tariftreue- und Vergabegesetzes**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 15. September 2016  
(Drucksache [19/741](#))

1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

### **Nr. 19/455**

#### **Suche nach vermissten minderjährigen Flüchtlingen durch bundesweite Clearingstelle stärken!**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 14. Juni 2016  
(Drucksache [19/649](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene für die Einführung einer bundesweiten Clearingstelle für die Klärung des Aufenthaltsortes der vermissten unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge einzusetzen. Diese Stelle hat insbesondere die Aufgabe, die Kooperation der Jugendämter untereinander und mit der Polizei zur Aufklärung des Verbleibs der Kinder und Jugendlichen zu

befördern. Zudem soll die Clearingstelle Hinweise zur Verbesserung des bundesweiten polizeilichen Systems der Vermisstensuche geben.

Der Bürgerschaft (Landtag) ist bis September 2016 zu berichten.

### **Nr. 19/456**

#### **Altersvorsorge transparent gestalten – gebührenfreies Vorsorgekonto einführen**

Antrag der Fraktion der FDP

vom 16. Juni 2016

(Drucksache [19/651](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

### **Nr. 19/457**

#### **CETA auch von Bremen aus verhindern!**

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 27. Juli 2016

(Drucksache [19/667](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

### **Nr. 19/458**

#### **CETA als Chance für Bremen und Bremerhaven begreifen und unterstützen**

Antrag der Fraktionen der FDP und der CDU

vom 23. August 2016

(Neufassung der Drucksache [19/697](#) vom 18. August 2016)

(Drucksache [19/707](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

### **Nr. 19/459**

#### **Vor Terror und Amok konsequent schützen – Generalverdacht und Hysterie mit Besonnenheit entgegentreten**

Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU

vom 9. August 2016

(Drucksache [19/677](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

### **Nr. 19/460**

#### **Präventionsmaßnahmen gegen Terror und Amok verbessern**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 20. September 2016

(Drucksache [19/747](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) verurteilt die islamistisch motivierten Anschläge in Würzburg und Ansbach und den rechtsradikal beeinflussten Amoklauf in München aufs Schärfste. Die Bürgerschaft (Landtag) trauert mit den Opfern und ihren Angehörigen. In unsere Gedanken schließen wir alle Opfer von

Anschlägen, die im europäischen und außereuropäischen Ausland in der jüngeren Vergangenheit verübt wurden, ein. In unsere Trauer mischt sich Abscheu gegenüber denjenigen, die viele dieser sinnlosen und grausamen Taten mit politisch-religiösen Motiven rechtfertigen wollen. Einem Generalverdacht gegen ausländische oder muslimische Mitbürgerinnen und Mitbürger tritt die Bürgerschaft (Landtag) mit Entschiedenheit entgegen.

2. Unser Dank gilt den Sicherheitskräften, den Einsatzkräften vor Ort, dem medizinischen Personal, das sich um die Verletzten kümmert, der Polizei und allen Helferinnen und Helfern. Gleichzeitig steht die Bürgerschaft (Landtag) an der Seite der Sicherheitsbehörden. Ihre vorbeugende wie auch repressive Arbeit gehört zu den existenziellen Aufgaben eines demokratischen Rechtsstaates. Den öffentlich Bediensteten, die in besonderer Weise unsere Lebensweise schützen, gebührt Respekt und Wertschätzung.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) sieht es als eine ihrer Kernaufgaben an, die Sicherheitsbehörden in die Lage zu versetzen, dass sie jederzeit fähig sind, bestehende Katastrophen-, Terror- und Amoklagen mit bestmöglichem Schutz für die Bevölkerung zu bewältigen. Dazu gehört, die Fähigkeiten der Sicherheitsbehörden, insbesondere die der Polizei, personell und materiell anzupassen, wenn es die Lage erfordert. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet deshalb vom Senat, dass dieser auf Bundesebene die Aufgabenteilung mit dem Ziel erörtert, dass die Lageanalyse bestimmter möglicher Terrorlagen zukünftig durch Bundeseinrichtungen durchgeführt und verantwortet und die operative Terrorabwehr vermehrt unter Rückgriff auf Ressourcen des Bundes durchgeführt werden kann. Auch die Möglichkeiten der Krisenkommunikation in elektronischen Medien und im Netz sind den Erfordernissen weiter anzupassen.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) hält zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus eine stärkere europäische Vernetzung und einen besseren rechtsstaatlich organisierten Informationsaustausch der europäischen Sicherheitsbehörden für unentbehrlich. Hier gilt es, nationalstaatliches Denken beiseite zu schieben und auf Kooperation zu setzen. Es bedarf gleichfalls dringend einer EU-weiten Anpassung der zum Teil erheblich differierenden waffenrechtlichen Vorschriften. Wir brauchen einen effektiveren, rechtsstaatlichen Informationsaustausch und eine Verbesserung der Rückverfolgbarkeit von Waffen. Auch brauchen wir eine einheitliche Kennzeichnung sowie Standards für die irreversible Deaktivierung von Feuerwaffen. Zur Prävention von Amoklagen sind die Zugangsmöglichkeiten zu legalen Waffen über die bisher bestehenden Regelungen hinaus stärker einzuschränken, so dass der bisherig mögliche Legalbesitz großkalibriger mehrschüssiger Kurzwaffen und halbautomatischer Langwaffen in Deutschland verboten wird.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) sieht Prävention von Terror und Amok nicht nur als eine staatliche Aufgabe an. Soziale Kontrolle und eine Kultur des Hinsehens, z. B. bei der Entwicklung von Gewaltbereitschaft, bei der Beschaffung oder Herstellung von Hilfsmitteln für Straftaten, beim fahrlässigen Umgang mit legalen Waffen oder auch bei einer entstehenden religiösen oder politischen Radikalisierung, sind im nahen Umfeld der potentiellen Täter ggf. eher zu erkennen als durch staatliche Maßnahmen. Aufmerksamkeit und Zivilcourage können einen wichtigen Beitrag dazu leisten, die Grundsätze unserer freien und offenen Gesellschaft zu erhalten und zu schützen.

## **Nr. 19/461**

### **Integrationspolitik, Toleranz und Sicherheit in der Einwanderungsgesellschaft**

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 21. September 2016

(Drucksache [19/749](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Inneres.

## **Nr. 19/462**

### **Alarmsignale wahrnehmen – Politikunterricht in den Bremer Schulen stärken**

Antrag der Fraktion der FDP  
vom 15. August 2016  
(Drucksache [19/684](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Kinder und Bildung.

## **Nr. 19/463**

### **Fächerintegration an Schulen im Land Bremen auf den Prüfstand stellen**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 23. August 2016  
(Drucksache [19/703](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Kinder und Bildung.

## **Nr. 19/464**

### **Schulisches Lernfeld „Gesellschaft“ stärken, Interdisziplinarität erhalten**

Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 15. September 2016  
(Drucksache [19/742](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Kinder und Bildung.

## **Nr. 19/465**

### **Gesetz zur Änderung des Bremischen Hilfeleistungsgesetzes – Bundesweite Standards im Brandschutz in beiden Stadtgemeinden einhalten und absichern**

Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 16. Februar 2016  
(Drucksache [19/287](#))  
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab. Damit unterbleibt gemäß § 35 Satz 2 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

## **Nr. 19/466**

### **Gesetz zur Änderung des Bremischen Hilfeleistungsgesetzes – Bundesweite Standards im Brandschutz in beiden Stadtgemeinden einhalten und absichern**

Bericht der staatlichen Deputation für Inneres  
vom 15. August 2016  
(Drucksache [19/685](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Inneres Kenntnis.

## **Nr. 19/467**

### **Gesetz zur Änderung des Bremischen Geodatenzugangsgesetzes**

Mitteilung des Senats vom 23. August 2016

(Drucksache [19/708](#))

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

## **Nr. 19/468**

### **Gesetz zur Änderung des Bremischen Kommunalunternehmensgesetzes (BremKuG)**

Mitteilung des Senats vom 30. August 2016

(Drucksache [19/716](#))

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

## **Nr. 19/469**

### **Gesetz zur Änderung des Bremischen Ausführungsgesetzes zum Personenstandsgesetz**

Mitteilung des Senats vom 30. August 2016

(Drucksache [19/717](#))

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

## **Nr. 19/470**

### **Oslebshauer Bahnhof besser anbinden**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 6. September 2016

(Drucksache [19/725](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf zu prüfen, inwieweit ein Ausbau der Unterführung und damit des Zugangs zu den Bahngleisen des Oslebshauer Bahnhofs möglich wäre, ob – und wenn ja welche – Grundstücke dafür arrondiert werden müssten, und wie hoch die Kosten des Umbaus wären. Die Ergebnisse der Prüfung sollen in einem schriftlichen Bericht der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft vorgelegt werden.

## **Nr. 19/471**

### **Gesetz zur Änderung des Bremischen Wahlgesetzes**

Antrag der Fraktion der CDU

vom 20. September 2016

(Drucksache [19/746](#))

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) unterbricht die erste Lesung und überweist das Gesetz zur Beratung und Berichterstattung an den nichtständigen Ausschuss „Erhöhung der Wahlbeteiligung und Weiterentwicklung des Wahlrechts“.

## Nr. 19/472

### Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Ärztliche Versorgung in den Quartieren besser steuern!  
Antrag der Fraktion der CDU  
vom 16. August 2016  
(Drucksache [19/686](#))
2. Bundesverkehrswegeplan 2030 zügig umsetzen  
Antrag der Fraktion der CDU  
vom 16. August 2016  
(Drucksache [19/687](#))
3. Studentisches Wohnen ausbauen – zusätzliche Wohnungen beim Studentenerk schaffen  
Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 25. November 2015  
(Drucksache [19/176](#))
4. Studentisches Wohnen ausbauen – zusätzliche Wohnungen beim Studentenerk schaffen  
Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit  
vom 18. August 2016  
(Drucksache [19/699](#))
5. Zukunft der Exzellenzinitiative – jetzt die Weichen stellen!  
Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP  
vom 16. Februar 2016  
(Neufassung der Drucksache [19/268](#) vom 9. Februar 2016)  
(Drucksache [19/275](#))
6. Zukunft der Exzellenzinitiative – jetzt die Weichen stellen!  
Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit  
vom 18. August 2016  
(Drucksache [19/700](#))
7. Übersendung der Nutzerdaten von Social-Media Accounts an die Strafverfolgungsbehörden  
Antrag der Fraktion der CDU  
vom 24. August 2016  
(Drucksache [19/712](#))
8. Berufsankennung und -beratung im Land Bremen aktiver, sichtbarer und effektiver gestalten  
Antrag der Fraktion der CDU  
vom 6. September 2016  
(Drucksache [19/724](#))
9. Völker- und Menschenrechtsverletzungen mit Solidarität und Entschlossenheit entgegentreten!  
Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU  
vom 13. September 2016  
(Drucksache [19/730](#))





